

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

30. Jahrgang

Berlin, den 22. Februar 1963

Nummer 8

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Februar 1963

Die internationale Situation

In den Industrieländern der westlichen Welt hat sich in den ersten Wochen des neuen Jahres die Konstellation der konjunkturellen Kräfte nicht verändert. In den Vereinigten Staaten ist die Gesamtnachfrage nach wie vor unzureichend. Wenn sich in Teilbereichen, wie z. B. in der Automobilindustrie, auch Auftriebskräfte durchsetzen, so reichen diese doch nicht aus, die allgemeine Lähmung der Wirtschaftstätigkeit zu überwinden: Die Zahl der Arbeitslosen ist erneut stärker als saisonüblich gestiegen. Der Umsatz der verarbeitenden Industrie war — saisonbereinigt — rückläufig, während bei unbefriedigendem Auftragseingang eine nochmalige Verringerung des weit unter Vorjahrsniveau liegenden Auftragsbestandes der verarbeitenden Industrie zu verzeichnen war.

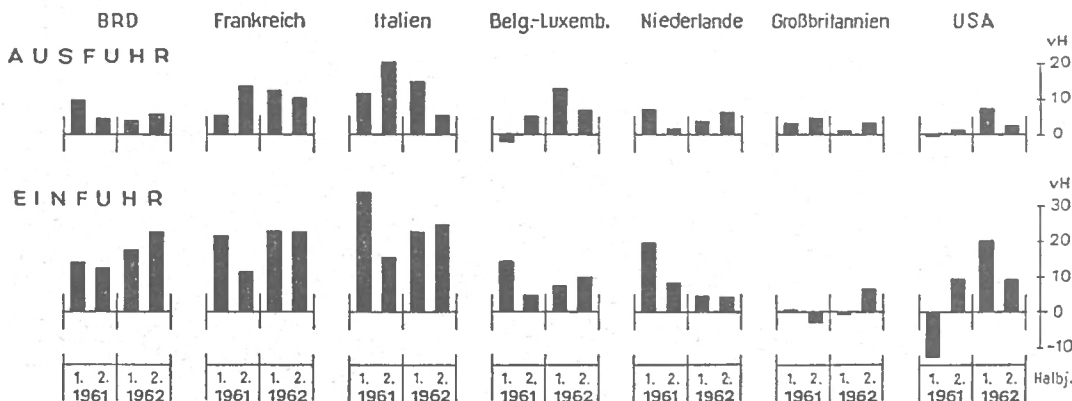
Die Befürchtungen scheinen sich zu bestätigen, daß die Steuererleichterungen zu spät in Kraft treten werden, um in diesem Jahr eine nachhaltige Belebung der Endnachfrage zu bewirken.

Zwar haben sich mit dem Gedanken der Steuerermäßigung mittlerweile weite Kreise angefreundet, doch entzündeten sich nunmehr die Widerstände an den Reformvorschlägen, die die Beseitigung von Vergünstigungen für verschiedene Gruppen vorsehen. Da die Regierung ihr Steuerprogramm geschlossen verabschiedet sehen möchte, schwinden die Aussichten für eine baldige Verwirklichung der geplanten Maßnahmen.

Die Unterbeschäftigung beeinflusst in zunehmendem Maße die Haltung der Unternehmer und der Arbeitnehmer. Umfragen bei den Unternehmungen lassen erkennen, daß immer häufiger Investitionsvorhaben mit dem Hinweis auf den Nachfragemangel und die ungenutzten Kapazitäten zurückgestellt werden. In den Überlegungen der Gewerkschaften nimmt demgegenüber der Gedanke der Arbeitsplatzsicherung, der in der gegenwärtigen Situation auf die Ablehnung möglicher Rationalisierungsmaßnahmen und neuer Produktionsverfahren hinausläuft, einen immer größeren Raum ein. Auf die Dauer müßte sich

ENTWICKLUNG DES AUSSENHANDELS MIT INDUSTRIEERZEUGNISSEN

Zuwachs in vH gegenüber entsprechender Vorjahrszeit



Italien, Belgien-Luxemb., Niederlande: statt 2.Hj.1962 = 3.Vj.1962. — USA: 2.Hj.1962 geschätzt.

beides, die unzureichende Investitionsbereitschaft und der Widerstand gegen produktivitätssteigernde Maßnahmen, als ein schwerwiegendes Hindernis für die Stärkung der Konkurrenzposition der amerikanischen Wirtschaft erweisen. Dies um so mehr, als der Lohnauftrieb zumindest in einigen europäischen Industrieländern nachzulassen beginnt und sich die Vereinigten Staaten daher nicht mehr allein aus der unterschiedlichen Lohnentwicklung eine Verbesserung ihrer Außenwirtschaftslage erhoffen können. Wenn auch angesichts der Lethargie der amerikanischen Wirtschaft in den kommenden Monaten nicht mit einer so starken Importzunahme wie im Vorjahr gerechnet zu werden braucht, so sind auch keine umfangreichen Kapitalrückzahlungen des Auslandes an die öffentliche Hand mehr zu erwarten. Unter diesen Umständen dürfte sich die amerikanische Zahlungsbilanz im laufenden Jahr kaum günstiger als 1962 gestalten.

In Großbritannien steht die wirtschaftliche Entwicklung im Zeichen einer wachsenden Unterbeschäftigung. Mit mehr als 800 000 Arbeitslosen stieg die Arbeitslosenquote auf 3,6 vH und damit auf ihren seit Jahren höchsten Satz. Zwar hat der scharfe Winter die Beschäftigungsmöglichkeiten zusätzlich beeinträchtigt, doch spiegelt die hohe Zahl der Arbeitslosen auch konjunkturelle Einflüsse wider. Die Zurückhaltung vor allem der Unternehmer spricht nicht minder deutlich aus den Daten über Produktion und Auftragsingang der verarbeitenden Industrien wie aus den Genehmigungen für industrielle Bauten. Hatte die Regierung der Wirtschaft in letzter Zeit schon leichte Anregungen gegeben, so erhoffte sie sich die nachhaltige Belebung doch von dem Anschluß Großbritanniens an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Nach dem Scheitern der Brüsseler Verhandlungen scheint sie nunmehr entschlossen zu sein, die Voraussetzungen für eine beschleunigte Expansion zu schaffen. So soll die Wirtschaft mit der Erhöhung der Sozialleistungen über den Verbrauch neue Impulse erhalten. Außerdem kann damit gerechnet werden, daß das am 1. April beginnende Haushaltsjahr neben beachtlichen Steigerungen der öffentlichen Verbrauchs- und Investitionsausgaben auch weitere steuerliche Erleichterungen bringen wird.

In Abkehr von ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik sieht die Regierung jetzt in einer kräftigen Expansion der Binnennachfrage die Voraussetzung für weitere Exporterfolge der britischen Wirtschaft. Versuchte man bis in die jüngste Zeit hinein die britischen Unternehmer durch die Begrenzung der Absatzmöglichkeiten im Inland auf die Auslandsmärkte zu verweisen, so hofft man neuerdings, durch eine schnelle heimische Nachfrageexpansion Produktivitätsfortschritte realisieren zu können, die Englands Wettbewerbsposition stärken sollen. Die britische Wirtschaftspolitik hat sich damit zu Prinzipien bekannt, die gerade an dieser Stelle immer wieder als erfolg-

versprechend beurteilt worden sind. Jedoch muß man sich darüber im klaren sein, daß der Zeitpunkt für die Verwirklichung einer solchen Wirtschaftspolitik nicht gerade günstig ist, da sich in der übrigen Welt das wirtschaftliche Wachstum so verlangsamt hat, daß nennenswerte Exporterfolge nur schwer zu erzielen sein werden. Darüber hinaus muß man nicht nur unterstellen, daß eine beschleunigt wachsende Binnennachfrage in Großbritannien auch erhöhte Importe nach sich ziehen wird, sondern auch davon ausgehen, daß die erstrebte Dynamisierung des britischen Wirtschaftslebens die Öffnung des heimischen Marktes voraussetzt. Daher wird der Erfolg einer solchen Expansionspolitik davon abhängen, ob die Regierung Großbritanniens bereit ist, konsequent ihre Währungsreserven einzusetzen und die Rückgriffsmöglichkeiten auf den Internationalen Währungsfonds zu nutzen.

In Frankreich und Italien hat die weiterhin recht günstige Entwicklung der Gesamtnachfrage, die allerdings die vorhandenen Angebotsmöglichkeiten nicht voll ausschöpft, die öffentlichen Instanzen in ihrer optimistischen Zukunftsbeurteilung bestärkt. Indessen lassen Befragungen und Auftragsstatistiken der privaten Industrie beider Länder keinen Zweifel daran, daß die Unternehmer vorerst versuchen, dem ständigen Druck der Lohnkostensteigerungen durch das Hineinwachsen in die vorhandenen Kapazitäten auszuweichen und auf diese Weise Produktivität und Ertragslage zu verbessern. Gesamtwirtschaftlich wäre es zwar vorteilhafter, eine steigende Kapazitätsauslastung über verstärkte, weitere Nachfrage schaffende Investitionen herbeizuführen; hierzu finden sich jedoch die Unternehmer trotz der nach wie vor schnell wachsenden Verbraucherausgaben — die den Einkommenseffekt der Lohnerhöhungen widerspiegeln — nicht bereit, weil vor allem die jüngste Entwicklung der Auslandsnachfrage ihre Absatzerwartungen beeinträchtigt hat.

Frankreichs Exportwirtschaft hat im vergangenen Jahr unter den Folgeerscheinungen des Algerien-Konflikts besonders zu leiden gehabt, so daß die mit einer Jahreswachstumsrate von 10,2 vH noch sehr beachtlichem Ausfuhrerfolge im Handel mit dem Devisenausland fast vollständig durch den Rückgang der Lieferungen in die Franc-Zone aufgewogen wurden. In den kommenden Monaten ist noch keine grundlegende wirtschaftliche Gesundung Algeriens zu erwarten; auch die seit Mitte 1962 im Handel mit dem Devisenausland zu beobachtenden Abschwächungstendenzen werden vermutlich anhalten. Mit einer erneuten Belebung der gesamten Exportentwicklung in Frankreich ist daher kurzfristig kaum zu rechnen. In Italien lag das Ausfuhrwachstum in den letzten Monaten des Jahres 1962 ebenfalls unter dem Jahresdurchschnitt.

Da im internationalen Rahmen sich vorerst keine konjunkturelle Nachfragebelebung abzeich-

net, werden die Ausfuhrerfolge der europäischen Länder zunehmend von ihrer Wettbewerbsstellung bestimmt werden. Nun zählen aber gerade Frankreich und Italien seit dem vergangenen Jahr zu den Industrieländern mit dem stärksten Preisauftrieb. Daß trotzdem in Frankreich die Ausführpreise (Durchschnittswerte) der Halb- und Fertigerzeugnisse 1962 eher gesunken sind, war größtenteils die Folge bewußter Preisdifferenzierung. Ohne Zweifel werden aber künftig verstärkte Rationalisierungsanstrengungen in der Exportwirtschaft erforderlich sein, wobei die Entspannung am Arbeitsmarkt und die Senkung der Netto-Umsatzsteuer für bestimmte Güter von 23 auf 20 vH den französischen Exporteuren die notwendige Anpassung erleichtern dürfte.

Ein starkes Gegengewicht gegen die Abschwächung der privaten Investitionsneigung und der Auslandsnachfrage ist in Frankreich von den Staatsausgaben zu erwarten, für die im Finanzgesetzentwurf 1963 trotz des stark gekürzten Algerien-Ansatzes eine Steigerung um 9 Mrd. NF auf etwa 95 Mrd. NF vorgesehen ist. Die staatlichen Investitionsausgaben werden dabei um etwa 14 vH höher sein als 1962.

In Italien ist die Lage ähnlich zu beurteilen. Sollten die jüngsten Maßnahmen zur Erleichterung der Investitionsfinanzierung und die Heraussetzung der Exportrisikogarantien um 80 vH nicht die beabsichtigte expansive Wirkung haben, so käme auch hier der Ausdehnung der öffentlichen Investitionsausgaben erhöhte Bedeutung zu.

Westdeutschland

Der Ausfall an möglicher Erzeugung, den der diesjährige, ungewöhnlich harte Winter durch seinen frühen Beginn und seine lange Dauer auch für die westdeutsche Wirtschaft zur Folge hatte, wird größer als im Vorjahr sein, obwohl schon damals die besondere Ungunst der Witterung den Fortschritt der Wirtschaft stärker als üblich beeinträchtigt hatte. Vor allem der Verlust an Arbeitsstunden — die Außenarbeiten im Hoch- und Tiefbau wurden wochenlang eingestellt — ist bis heute beträchtlich höher als zur entsprechenden Vorjahrszeit.

Unbeschadet des starken Rückschlages, den nicht nur die Bauproduktion, sondern auch die ihr vorgelagerten Bereiche, also vor allem die Industrie der Steine und Erden, erlitten haben, sind aber die konjunkturellen Perspektiven der Bauwirtschaft nach wie vor ausgezeichnet. Mit dem Ende der Frostperiode ist daher in Reaktion auf die vorangegangene unfreiwillige Unterbrechung mit einer erheblichen Forcierung der Bautätigkeit zu rechnen. Dabei wird diesmal das Arbeitskräfteproblem bei weitem nicht mehr die Bedeutung wie im Vorjahr haben. Denn abgesehen davon, daß die Bauwirtschaft mit Hilfe der Schlechtwetter-Regelung ihr Arbeitskräftepotential weitgehend halten konnte, sind die Bedingun-

gen für die Beschaffung zusätzlicher Arbeitskräfte wesentlich günstiger geworden. Der Arbeitskräftebedarf in der industriellen Erzeugung hat nämlich nicht nur erheblich nachgelassen, sondern die Abgabe von Arbeitskräften aus der Industrie an andere Wirtschaftszweige nimmt zu, weil selbst die Spitzenreiter der industriellen Erzeugung nicht mehr alle Arbeitskräfte, die von den konjunkturell benachteiligten Erzeugungszweigen freigesetzt werden, in vollem Umfang aufnehmen.

Hinzu kommt, daß in der Bauwirtschaft relativ große Produktivitätsfortschritte zu erwarten sind. Diese günstigen Voraussetzungen für die Angebotselastizität des Bausektors werden bei verlangsamttem Preisauftrieb für Bauleistungen die Überhitzungserscheinungen im Baugewerbe allmählich abklingen lassen. Trotz punktueller Bau-dämpfungsmaßnahmen und trotz der erheblichen Abschwächung der Nachfrage nach Bauleistungen im Sektor der gewerblichen Bauten werden der beträchtliche Bauüberhang, aber auch die wachsende Nachfrage im Wohnungsbau dafür sorgen, daß die Baukonjunktur eine wesentliche Stütze für die Gesamtkonjunktur bleibt.

Die industrielle Erzeugung hat konjunkturell bis Ende des Jahres weiter zugenommen. Allerdings ist diese Zunahme im wesentlichen nur durch die außergewöhnlich starken Produktionssteigerungen einiger Spitzenreiter, wie der Chemiefasererzeugung innerhalb der chemischen Industrie, der Mineralölverarbeitung und der Fahrzeugindustrie, ermöglicht worden. Gerade bei der Automobilindustrie mit ihren außergewöhnlich hohen Zuwachsraten im letzten Quartal vorigen Jahres kann jedoch mit guten Gründen vermutet werden, daß die kräftige Produktionsausweitung eher das Ergebnis einer einmaligen verstärkten Anspannung der Großen zur Sicherung ihres Marktanteils als der Ausdruck einer Anpassung an einen beschleunigt wachsenden Bedarf gewesen ist. Der Abbau der Lieferfristen innerhalb des Fahrzeugbaus, der verschärfte Konkurrenzkampf, aber auch die Tatsache, daß der Hafentarbeiterstreik in New York zu einem fühlbaren Erzeugungsrückschlag im Volkswagenwerk führen konnte — also der vorübergehende Ausfall eines Großabnehmers im Ausland nicht durch verstärkte Belieferung des Inlandsmarktes kurzfristig zu kompensieren war —, sind wichtige Symptome dafür, daß auch die Kapazitäten der Automobilindustrie rascher gewachsen sind als die Nachfrage und daß sie einem wieder verstärkt zunehmenden Bedarf ohne Anspannung gerecht werden können.

Diese Tendenz einer im Vergleich zur Entwicklung der Nachfrage relativ starken Zunahme der industriellen Produktion trifft — von wenigen Ausnahmen abgesehen — für die gesamte industrielle Erzeugung zu. Alle jene Faktoren, die 1962 konjunkturstabilisierend gewirkt haben, wie die konjunkturell starke Bautätigkeit, der kräftig expandierende öffentliche Verbrauch und — dies allerdings

bereits in erheblich geringerem Ausmaß — auch der private Verbrauch, haben damit als Nachfragestützen für die industrielle Produktion und insbesondere für die industriellen Ausrüstungsinvestitionen ein noch größeres Gewicht als bisher erhalten.

Dieser positiven Rolle stehen unerwünschte Effekte gerade der genannten Faktoren auf die Preis- und Kostenentwicklung einzelner Bereiche, vor allem der Bauwirtschaft, gegenüber. Die Forderung, daß eine Preis- und Kostenstabilisierung nicht einseitig durch die vom Markt her bereits wirksam gewordenen Dämpfungskräfte, vor allem im Bereich der privaten Investitionen und bei der Ausfuhr, erreicht werden sollte, ist zweifellos richtig; denn dieser Weg schließt die Gefahr eines ernsthaften Rückschlages für die gesamte Wirtschaft ein. Wenn aber statt dessen die Dämpfung und Drosselung der noch immer stark expandierenden Bereiche gefordert wird, ist dies bei der Abhängigkeit der privaten Investition vom Wachstum der Endgüternachfrage, d. h. aber für die Gegenwart vom öffentlichen Verbrauch und den Bauinvestitionen, genauso problematisch und im Hinblick auf die wahrscheinlichen Folgen einer derartigen Politik sogar äußerst gefährlich. Denn die auf diese Weise angestrebte Kosten- und

Preisstabilisierung würde mit großer Wahrscheinlichkeit erst recht eine Einschränkung der industriellen Produktion zur Folge haben, weil der Absatz der Industrie dann auch durch die Nachfragedämpfung im Bereich der öffentlichen Hand und der Bauwirtschaft getroffen würde. Damit dieser wirtschaftspolitisch gefährliche Weg nicht beschritten wird, ist Mäßigung in den bevorstehenden Lohnrunden dringend geboten.

Die Spanne zwischen Lohnkosten- und Produktivitätszuwachs ist dank des verstärkten Produktivitätsfortschritts kleiner geworden; aber es wäre gesamtwirtschaftlich sehr bedauerlich, wenn die Anpassung, die sich im vergangenen Jahr angebahnt hat, durch Lohnkostenerhöhungen, die über das vertretbare Maß hinausgehen, erneut gefährdet würde. Die Forderung nach einer Entlastung der Wirtschaft von der Kostenseite her ist selbstverständlich keineswegs etwa eine verteilungspolitische Forderung zugunsten der Unternehmer, sondern sie entspringt allein dem ökonomischen Zwang, sich heute einer Konstellation fügen zu müssen, die weder eine durch Kostensteigerungen ausgelöste Preissteigerung noch eine durch nicht überwälzbare Kostenerhöhungen bedingte Gewinnschmälerung der Wirtschaft verträgt.

Zur Umsatzgrößenstruktur im Großhandel¹⁾

Die Umsätze im Großhandel haben sich zwischen 1950 und 1961 in der Bundesrepublik²⁾ nahezu verdreifacht. Die Zahl der Unternehmen stieg jedoch nur geringfügig (rund 5 vH), so daß sich auch die durchschnittlichen Umsätze je Unternehmen etwa verdreifachten und fast 1,4 Mill. DM erreichten. Die Masse der Umsätze konzentrierte sich jedoch auf Unternehmen mit erheblich höheren Durchschnittsumsätzen, und es ist von Interesse, einmal die Struktur der Umsatzgrößenklassen im einzelnen aufzuzeigen.

Nach den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik für 1961 entfielen kaum 10 vH der Umsätze auf die dem Gesamtdurchschnitt entsprechende Größenklasse (1 bis 2 Mill. DM). Bereits diese Zahl weist auf die starke Streuung der Großhandelsumsätze hin. Unterhalb der Millionengrenze lagen weitere 15 vH, so daß drei Viertel der gesamten Umsätze in den Größenklassen über

¹⁾ Zur Entwicklung in den Jahren 1950 bis 1957 vgl. B a t z e r, E: „Der Großhandel in der westdeutschen Wirtschaft“. Schriftenreihe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 47.

²⁾ Ohne Saarland und West-Berlin.

Steuerpflichtige und Gesamtumsatz im Großhandel nach Umsatzgrößenklassen¹⁾ im Bundesgebiet

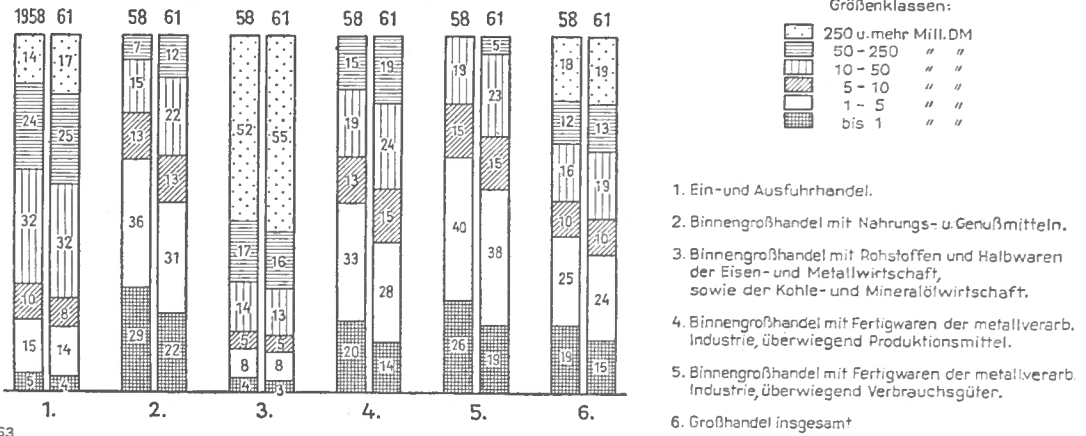
Anteile in vH

Umsatzgrößenklasse von . . . bis unter . . . DM	Steuerpflichtige						Umsatz					
	1950	1955	1957		1959	1961 ²⁾	1950	1955	1957		1959	1961 ²⁾
			UStStat. 1957	UStStat. 1958					UStStat. 1957	UStStat. 1958		
10 000 — 20 000	11,2	8,3	7,4	7,4	6,6	5,7	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
20 000 — 50 000	20,7	15,3	14,1	14,2	13,2	12,2	1,3	0,6	0,4	0,5	0,4	0,3
50 000 — 100 000	18,1	15,9	14,9	15,0	14,5	13,4	2,4	1,3	1,0	1,1	1,0	0,7
100 000 — 250 000	21,8	22,8	22,5	22,6	22,3	21,6	6,5	4,1	3,4	3,6	3,3	2,7
250 000 — 500 000	12,2	14,4	15,1	15,1	15,4	15,7	8,0	5,7	5,1	5,3	5,0	4,3
500 000 — 1 Million	8,1	10,6	11,4	11,4	12,1	12,9	10,6	8,3	7,6	8,0	7,7	6,9
1 Million — 2 Millionen	6,8	6,5	7,3	7,3	7,9	8,9	24,8	10,0	9,6	10,0	10,1	9,5
2 Millionen — 5 „	0,6	4,1	4,7	4,6	5,2	6,0	7,9	13,3	13,6	14,0	14,4	14,2
5 „ — 10 „	0,6	1,2	1,4	1,4	1,6	2,0	7,9	9,0	9,2	9,2	10,1	10,4
10 „ — 25 „	0,5	0,9	0,8	0,7	0,8	1,1	38,2	47,5	10,2	9,8	10,8	12,0
25 „ — 50 „	0,5	0,9	0,2	0,2	0,2	0,3	38,2	47,5	7,4	6,4	6,2	7,2
50 „ — 100 „	0,5	0,9	0,1	0,1	0,1	0,1	38,2	47,5	7,1	5,6	5,6	5,6
100 „ — 250 „	0,5	0,9	0,1	0,0	0,1	0,1	38,2	47,5	7,0	7,0	6,8	7,4
250 „ und mehr	0,5	0,9	0,0	0,0	0,0	0,0	38,2	47,5	18,1	19,4	18,5	18,7

¹⁾ Berechnet nach Angaben der Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden. — ²⁾ Größenklasse von 10 000 — 12 500 DM geschätzt.

UMSÄTZE NACH GRÖSSENKLASSEN IN AUSGEWÄHLTEN BEREICHEN DES GROSSHANDELS 1958 UND 1961

Anteile in vH



DIW 63

2 Mill. DM erzielt wurden. Etwa umgekehrt sind die Relationen bei den Steuerpflichtigen: 9 vH der Unternehmen hatten Umsätze zwischen 1 bis 2 Mill. DM, über 81 vH blieben darunter und nur 10 vH setzten mehr als 2 Mill. DM um.

Der durchschnittliche Rohertrag (Handelsspanne) betrug 1961 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Großhandel 14 vH (allerdings mit sehr breiter Streuung). Großhändlern mit Jahresumsätzen bis zu 250 000 DM, das waren 1961 über die Hälfte der Steuerpflichtigen, dürfte die Großhandelsunternehmung kaum ein ausreichendes Einkommen gewähren, denn der überwiegende Teil dieses Rohertrages dient zur Deckung der Kosten. Die 44 Unternehmen in der

höchsten Größenklasse (250 Mill. DM und mehr) hatten einen durchschnittlichen Umsatz von rund 750 Mill. DM. Zu dieser Gruppe gehören vor allem die Kohleverkaufsgesellschaften und Mineralölgesellschaften sowie Großhändler mit Rohstoffen und Halbwaren der Eisen- und Metallwirtschaft, also Branchen mit einem hohen Anteil im Streckengeschäft getätigter Umsätze.

Im Jahre 1950 hatten noch 72 vH aller Steuerpflichtigen Umsätze unter 250 000 DM. Weitere 20 vH der Steuerpflichtigen setzten zwischen 250 000 DM und 1 Mill. DM um. Nur etwa 4 vH erreichten Umsätze über 2 Mill. DM. Allerdings entfielen auf diese 4 vH rund 60 vH der Umsätze.

Bei dieser Größenklassenentwicklung ist auch der Einfluß der Branchenstruktur zu berücksichtigen, der aber hier nicht im einzelnen dargelegt werden kann. So hat z. B. das Vordringen des Großhandels mit Fertigwaren — in dem die Klassen von 1 bis 5 Mill. DM besonders stark besetzt sind — zur Verbreiterung der mittleren Klassen beigetragen. Die Ausdehnung der Klassen über 50 Mill. DM wurde gefördert durch das Wachstum im Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren, bei dem in einzelnen Zweigen mehr als 50 vH der Umsätze auf die höchste Größenklasse entfallen. Auch der Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, der etwa ein Fünftel der gesamten Umsätze umfaßt und dessen Schwerpunkt in den Klassen 1 bis 5 Mill. DM liegt, weist in den letzten drei Jahren einen beachtlichen Zuwachs in den oberen Größenklassen auf.

Allerdings sind die Jahresangaben der Statistik nicht unmittelbar vergleichbar, da für 1958 etwa 10 vH der Umsätze nicht mehr ausgewiesen wurden. Die Umsätze einiger Großhandelsunternehmen wurden damals auf Grund von Organschaftsverhältnissen vielfach der Industrie zugerechnet und die Innenumsätze der Organkreise nicht mehr erfaßt. Aus der Statistik geht hervor, daß die

Steuerpflichtige und Umsatz¹⁾ im Großhandel nach Bereichen
BRD ohne Saarland und ohne Berlin

Bereich	1950	1957 ²⁾	1959	1961 ³⁾
Steuerpflichtige				
Großhandel, gesamt	123 603	128 037	127 731	128 050
<i>davon in vH</i>				
Ein- und Ausfuhrhandel	3,2	3,2	3,3	3,4
Allg. Binnengroßhandel	4,7	1,4	1,5	1,4
Binnengroßhandel mit				
Ernährungsgütern	41,6	40,3	40,7	39,9
Rohstoffen u. Halbwaren	18,5	22,5	21,4	21,7
Fertigwaren	32,0	32,6	33,1	33,6
Umsatz				
Großhandel, gesamt, in Mill. DM	66 461	138 173	141 902	170 184
<i>davon in vH</i>				
Ein- und Ausfuhrhandel	12,5	12,7	11,8	10,6
Allg. Binnengroßhandel	2,6	2,3	2,7	2,9
Binnengroßhandel mit				
Ernährungsgütern	32,3	27,6	29,9	29,5
Rohstoffen u. Halbwaren	31,5	36,4	32,3	31,8
Fertigwaren	21,1	21,0	23,3	25,2

¹⁾ Berechnet nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden. Steuerpflichtige mit Jahresumsätzen ab 10 000 DM.
²⁾ Aus der Umsatzsteuerstatistik 1957 vor Umsetzungen der Organkreise, deren Umsätze in den Jahren 1959 und 1961 nicht mehr enthalten sind. — ³⁾ Größenklasse 10 0000 — 12 500 DM geschätzt.

Zahl der Unternehmen sowie die Umsätze (mit Ausnahme der Klasse mit Umsätzen über 250 Mill. DM) infolge dieser „Organkreisumsetzungen“ in allen Größenklassen zurückgingen. Die größten Veränderungen erfolgten in den Klassen mit Jahresumsätzen zwischen 10 und 100 Mill. DM, während die Abgänge in den unteren Größenklassen zwischen 20 000 und 5 Mill. DM nur unwesentlich waren; ihre Umsatzanteile erhöhten sich durch diese unterschiedliche Verlagerung, so daß der Trend zu größeren Umsatzklassen im Großhandel durch diese aus steuerrechtlichen und statistischen Gründen erfolgten Umsetzungen überdeckt wurde.

Von der neuen Zuordnung der Organschaften wurden die einzelnen Branchen des Großhandels sehr unterschiedlich betroffen. Am meisten machte sich die Veränderung beim Ausfuhrhandel mit Rohstoffen und Halbfabrikaten bemerkbar, es folgten der Binnengroßhandel mit Eisen- und NE-Metallerzen, mit Schrott, Nutzeisen, Almetallen und Abbruchmaterial, sowie der Binnengroßhandel mit Steinkohle, Braunkohle, Briketts. Um mit vergleichbaren Daten zu rechnen, müssen

die nicht mehr ausgewiesenen Umsätze 1958 zu den gesamten Großhandelsumsätzen hinzugeschätzt und in den folgenden Jahren fortgerechnet werden. Für die Ermittlung des Gesamtumsatzes wird dies üblicherweise getan, bei der Untersuchung der Entwicklung nach Größenklassen oder Branchen ist es jedoch nicht möglich. Zur Kennzeichnung des Bruches in der hier aufgezeigten Entwicklungsreihe werden daher die Daten des Jahres 1957 in beiden Gliederungen (mit und ohne Berücksichtigung der Veränderungen durch die Organschaftsverhältnisse) wiedergegeben.

Wesentlich wichtiger ist jedoch die Vergleichsstörung durch die erhebliche Umsatzsteigerung: Da an der Größenklasseneinteilung starr festgehalten wird, wird die Strukturentwicklung durch die wachsenden Umsätze und das Aufrücken der Unternehmen in höhere Größenklassen verzerrt. Hinzu kommt die Preisbewegung in der gleichen Richtung, so daß automatisch die Anteile der höheren Umsatzgrößenklassen stärker gestiegen sein müssen. Daher ist es nicht möglich, an Hand dieser Strukturzahlen eine Aussage über Konzentrationsvorgänge zu machen.

Gegenstand *)	Einheit †)	1961		1962											
		Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Anzahl der Werktage ¹²⁾		21,2	20,0	22,7	20,8	23,0	19,8	21,8	20,2	22,8	23,7	21,0	23,8	21,2	19,2
Kredite an Nichtbanken															
Zentralbankensystem	Mill.DM E	2844	3017	2897	2677	2552	2398	2792	2654	2487	2746	2438	2322	2446	3012
Kreditbanken	"	48889,2	50131,1	49440,4	49870,9	50773,4	50952,8	51417,9	52867,0	52639,5	52690,5	53697,2	52894,3	53321,7	.
an Wirtschaft u. Private	"	40775,1	42145,6	41332,6	41803,7	42754,9	42859,9	43178,8	44520,2	44384,8	44471,9	45316,3	44648,0	44942,3	.
kurzfristige Kredite	vH	68,3	68,9	67,9	67,9	68,1	67,7	67,7	68,1	67,4	67,4	66,8	66,9	65,7	.
dar. Wechselkredite	"	28,5	30,3	28,9	28,3	28,3	28,2	28,5	28,1	28,3	28,0	27,6	27,3	27,1	.
mittelfristige Kredite	"	12,9	12,5	12,7	12,8	12,7	13,1	13,0	13,2	13,6	14,0	14,0	14,7	15,0	.
langfristige Kredite	"	18,8	18,6	19,4	19,3	19,2	19,2	19,3	18,7	19,0	19,2	19,1	19,6	19,7	.
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill.DM	1678,1	1668,6	1680,2	1529,0	1489,4	1442,0	1484,2	1544,3	1535,0	1506,1	1576,2	1599,5	1602,8	.
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	6386,0	6316,9	6427,6	6538,2	6529,1	6650,9	6754,9	6622,5	6719,7	6712,5	6804,7	6646,8	6776,6	.
Übrige Kreditinstitute ¹⁾	"	131655,2	133481,4	134948,0	136926,6	138940,7	140150,0	142424,2	144372,6	146043,1	147807,1	149728,3	151455,4	153502,3	.
an Wirtschaft u. Private	"	93391,0	94731,9	95058,5	96274,2	97808,0	98501,0	100083,6	101679,3	102635,6	103902,4	105568,6	107023,5	108683,9	.
kurzfristige Kredite	vH	19,3	19,2	19,0	19,2	19,6	19,3	19,2	19,5	18,9	18,5	18,9	18,5	18,4	.
dar. Wechselkredite	"	7,0	7,0	6,8	6,9	7,0	6,9	7,0	6,8	6,8	6,7	6,7	6,6	6,5	.
mittelfristige Kredite	"	8,5	8,6	8,4	8,3	8,3	8,4	8,4	8,6	8,7	8,8	8,8	8,9	9,0	.
langfristige Kredite	"	72,2	72,2	72,6	72,5	72,1	72,3	72,4	71,9	72,4	72,7	72,3	72,6	72,6	.
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill.DM	22411,0	22787,9	23263,8	23446,0	23671,2	23707,4	24038,8	24284,5	24762,7	24964,4	25184,5	25398,4	25776,3	.
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	15853,2	15961,6	16625,7	17206,4	17661,5	17941,6	18301,8	18408,8	18644,8	18940,3	18975,2	19093,5	19042,1	.
Bargeldumlauf und Bank- einlagen															
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill.DM E	23116	23137	22191	22756	23474	23343	23479	23821	23653	24009	24330	23910	24997	24171
Sicht- u. Termineinlagen, ges. ¹²⁾	"	59985	62667	60875	61045	60857	61799	63350	63482	64031	63336	64987	64238	64406	67459
von Wirtschaft und Privaten	"	41387	43953	41973	41665	40930	42757	43446	42926	43854	44012	43690	45215	45608	47699
Sichteinlagen	vH	72,0	72,9	70,3	69,9	70,6	70,8	70,8	71,7	72,1	72,1	72,2	72,0	72,3	72,7
Termineinlagen	"	28,0	27,1	29,7	30,1	29,4	29,2	29,2	28,3	27,9	27,8	27,8	28,0	27,7	27,3
von deutschen öffentl. Stellen ¹²⁾	Mill.DM	18598	18714	18902	19380	19927	19042	19904	20556	20177	19324	21297	19023	18798	19760
Sichteinlagen bei Kreditinst. außerh. d. Zentralbankensystems	vH	20,3	23,7	19,2	20,1	18,7	19,7	20,5	19,6	18,4	20,1	19,2	19,4	22,8	27,0
Sichteinlagen beim ZBS ¹²⁾	"	27,7	25,3	27,9	25,6	30,6	27,8	26,0	29,4	29,4	23,7	31,7	26,8	21,6	21,7
Termineinlagen	"	52,0	51,0	52,9	54,3	50,7	52,5	53,5	51,0	52,2	56,2	49,1	53,8	55,6	51,3
ERP-Sondervermögen	Mill.DM	407	352	531	232	271	250	229	315	393	369	370	348	316	166
Spareinlagen	vH	58387	60073	61411	62398	63226	63673	64249	64602	65090	65567	66019	66660	66946	69254
Deutsche Bundesbank															
Gold und Devisen, gesamt	Mill.DM E	27113,9	28547,6	25622,3	25769,0	26694,7	26473,4	26663,1	27282,2	27203,6	27287,6	28128,4	28387,0	28103,2	28037,7
Gold	"	14424,2	14426,6	14427,8	14428,7	14437,2	14437,2	14437,9	14438,6	14439,3	14440,7	14445,9	14447,2	14448,5	14490,1
Guthaben bei ausländ. Banken	"	12426,5	13829,3	10926,0	11088,2	11991,3	11767,0	11959,7	12547,5	12453,6	12558,0	13399,5	13715,2	13389,7	13218,5
Sorten, Wechsel, Checks	"	263,2	291,7	268,5	252,1	266,2	268,5	264,7	295,4	309,3	288,2	283,0	224,6	265,0	329,1
Wertpapiermarkt															
Absatz an festverz. Schuldver- schreibungen und Aktien ²⁾	Mill.DM S	722,9	1023,2	1602,4	1609,7	786,0	995,1	1129,1	703,4	1869,4	1058,4	861,0	982,3	767,0	1087,4
Pfandbriefe	vH	33,1	40,6	32,8	17,4	45,5	25,7	24,2	38,0	21,5	33,1	37,1	36,3	35,6	40,1
Kommunalobligationen	"	22,2	15,2	19,3	18,9	31,6	18,5	19,1	24,9	13,2	17,4	12,8	12,2	18,0	12,2
Öffentliche Anleihen	"	17,9	10,2	25,7	32,9	1,0	26,1	11,5	2,8	34,1	8,4	8,8	31,4	0,1	23,0
Industrieobligationen	"	—	14,7	9,9	9,3	9,5	—	12,4	11,3	13,9	2,4	6,5	4,1	18,3	
Aktien	"	9,4	12,3	8,1	8,4	6,9	22,6	13,5	7,4	8,9	7,7	5,1	10,9	17,6	20,6
Kursdurchschnitt ³⁾	31.12.53														
Aktien ⁴⁾	D	670,3	648	635	626	622	601	552	499	484	465	460	421	470	494
4%ige Wertpapiere	vH	101,37	101,12	101,65	102,25	102,32	102,37	102,34	102,20	102,25	102,24	102,13	101,40	101,48	101,85
5%ige Pfandbriefe	"	112,55	112,20	113,16	113,92	114,21	114,66	114,85	114,61	114,88	115,02	114,96	113,61	113,39	114,09
5%ige Kommunalobligationen	"	112,50	112,18	112,69	113,41	113,80	114,04	114,18	114,13	114,29	114,36	114,39	113,42	113,01	113,43
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	113,97	113,64	114,68	115,53	115,67	116,06	116,29	116,04	116,19	116,27	116,15	114,90	114,73	115,41
8%ige Industrieobligationen ⁵⁾	"	103,39	103,42	103,36	103,77	103,89	103,63	103,56	103,61
Finanzen															
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder ⁶⁾	Mill.DM S	5321,6	8596,9	5592,6	4838,7	7505,7	4674,4	5344,8	8249,9	5175,3	5538,3	7998,0	5261,4	5722,3	9445,4
Besitz- und Verkehrssteuern ⁷⁾	"	2059,7	5634,8	2573,6	2024,3	4969,1	1970,0	2272,7	5420,4	2244,1	2308,8	5157,2	2002,2	2220,8	.
Lohnsteuer	"	981,2	1102,1	1274,1	860,5	714,9	840,7	891,0	955,1	1034,6	1034,4	1102,6	1172,0	1141,9	1293,2
Verh. Einkommenst.	"	236,3	2336,5	416,0	348,7	2282,6	424,0	434,0	2328,4	391,4	258,2	2217,1	262,0	224,6	2631,4
Körperschaftsteuer	"	170,2	1740,0	262,3	164,5	1496,5	218,5	176,2	1544,5	186,9	122,6	1447,8	120,3	122,7	1927,1
Umsatzsteuer	"	1601,7	1757,4	1835,9	1387,4	1336,1	1518,3	1515,5	1559,7	1622,5	1634,2	1611,1	1660,1	1787,2	1737,8
Zölle und Verbrauchst.	"	1265,5	1314,1	1105,9	1026,7	1101,9	1053,0	1158,7	1212,2	1226,1	1263,6	1199,1	1331,6	1348,6	1347,4
Lastenausgleichsabgaben ⁸⁾	"	394,7	72,6	77,4	400,4	98,7	133,1	397,9	57,6	82,6	331,7	30,6	67,5	366,9	48,0
Außenhandel															
Einfuhr, insgesamt	Mill.DM S	3833	4226	3794	4056	4180	3763	4363	4141	4202	3945	3884	4284	4443	4444
Ausfuhr, insgesamt	"	4242	4729	3827	4065	4754	4242	4666	4296	4483	4162	4356	4729	4591	4803
Saldo ⁹⁾	"	+ 409	+ 503	+ 33	+ 9	+ 574	+ 479	+ 303	+ 155	+ 281	+ 217	+ 472	+ 445	+ 148	+ 359
Einfuhrvolumen ¹⁰⁾	"	4356	4748	4350	4649	4810	4301	4959	4635	4740	4611	4519	5018	5018	5022
Ausfuhrvolumen ¹⁰⁾	"	4080	4508	3654	3924	4573	4099	4431	4146	4273	4000	4191	4516	4436	4618
Terms of Trade ¹¹⁾	1954=100 D	118,2	118,0	120,7	119,5	119,5	119,5	119,3	118,2	118,0	120,9	120,9	123,5	116,9	117,5
Einfuhr															
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill.DM S	1204	1330	1064	1191	1203	1154	1274	1263	1080	997	938	1110	1170	1238
Rohstoffe	"	701	745	788	696	763	697	772	754	737	779	695	686	690	764
Halbwaren	"	572	621	660	632	652	548	633	633	726	692	648	741	654	641
Fertigwaren	"	1310	1489	1256	1504	1530	1332	1650	1446	1619</					

Gegenstand	Einheit †)		1961			1962												
			Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Ver. St. v. Amerika																		
Bruttosozialprodukt	Mrd. \$	V ¹⁶⁾	.	.	538,6	.	.	545,0	.	.	552,0	.	.	555,3
Privater Verbrauch	"	" ¹⁶⁾	.	.	346,1	.	.	350,2	.	.	354,9	.	.	358,2
Bruttoinvestition, privat einschl. Außenbeitrag	"	" ¹⁶⁾	.	.	80,4	.	.	79,6	.	.	81,1	.	.	78,8
Öffentlicher Bedarf	"	" ¹⁶⁾	.	.	112,1	.	.	115,2	.	.	116,0	.	.	118,2
Erwerbstätige ¹⁾	1000	E	67824	67349	66467	65058	65789	66316	66824	68203	69539	69564	69762	68668	68893	67981	67561	67561
Arbeitslose	"	"	3934	3990	4091	4663	4543	4382	3946	3719	4463	4018	3932	3512	3294	3801	3817	3817
Ind. Produktion ²⁾	1957/59 = 100	D	113,5	114,8	115,6	114,3	116,0	117,0	117,7	118,4	118,6	119,3	119,7	119,8	119,3	119,5	119,5	119,5
Lagerhaltung verarb. Ind. ³⁾	Mrd. \$	S	54,8	55,0	55,2	55,73	56,18	56,57	56,69	56,81	56,91	57,00	56,97	57,19	57,27	57,13	57,13	57,13
Außenh., Generaleinfuhr	Mill. \$	S	1364	1342	1295	1373	1224	1386	1333	1454	1350	1337	1359	1342	1489	1452	1452	1452
Generalausfuhr	"	"	1890	1818	1827	1642	1775	1845	1881	1973	1970	1709	1683	1761	1614	1851	1851	1851
Goldbestand	"	E	17300	16975	16889	16815	16790	16608	16495	16434	16435	16147	16098	16067	15978	15977	15977	15978
Konsumkredite ¹⁶⁾	"	S	42494	42737	43527	43265	43074	43211	43837	44495	45208	45650	46204	46310	46722	47274	47274	47274
Emissionen ⁴⁾	"	"	4410	2404	2094	3506	2537	1877	4075	2149	2422	1663	4056	1568	2199	2199	2199	2199
Aktienkurse (500 Aktien) ⁵⁾	1941/43 = 100	D	68,00	71,08	71,74	69,07	70,22	70,29	68,05	62,99	55,63	56,97	58,52	58,00	56,17	60,04	62,64	62,64
Rendite öff. Anleihen	%	"	3,98	3,98	4,06	4,08	4,09	4,01	3,89	3,88	3,90	4,02	3,97	3,94	3,89	3,87	3,87	3,87
Staatseinnahmen	Mill. \$	S	3811	8007	8980	9599	9773	12354	8153	10658	11334	4540	9445	11414	4068	8533	8533	8533
Staatsausgaben	"	"	7796	7485	7160	7395	6858	7749	7289	7229	7983	7252	8541	7327	8524	8070	8070	8070
Großhandelspreise ⁶⁾	1957/59 = 100	D	100,0	100,0	100,4	100,8	100,7	100,7	100,4	100,2	100,2	100,4	100,5	101,2	100,6	100,7	100,7	100,7
Lebenshaltungskosten ⁷⁾	"	M	104,6	104,6	104,5	104,5	104,8	105,0	105,2	105,2	105,3	105,5	105,5	106,1	106,0	106,0	106,0	106,0
Großbritannien																		
Bruttosozialprodukt	Mill. £	V	.	.	6056	.	.	5807	.	.	6167	.	.	6103
Privater Verbrauch	"	"	.	.	4554	.	.	4209	.	.	4572	.	.	4603
Bruttoinvestition einschl. Außenbeitrag	"	"	.	.	1153	.	.	1144	.	.	1193	.	.	1118
Öffentlicher Verbrauch	"	"	.	.	1164	.	.	1228	.	.	1211	.	.	1216
Erwerbstätige ¹⁾	1000	E	24076	24094	23923	23894	23889	23844	23877	23957	23935	24044	24069	24049	24014	23984	23984	23984
Registrierte Arbeitslose	"	"	365,7	387,4	389,3	461,0	453,8	441,8	438,8	423,8	397,2	400,4	464,4	465,1	501,4	544,7	566,2	566,2
Ind. Produktion ²⁾	1958 = 100	D	118	119	111	111	111	111	111	111	111	111	111	111	111	111	111	111
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. £	S	365,0	360,1	325,4	390,1	374,8	334,9	396,0	356,5	374,9	371,6	332,9	398,1	370,4	332,8	314,3	314,3
Spezialausfuhr	"	"	319,4	319,4	298,5	311,5	298,2	322,4	327,3	337,6	317,0	327,8	289,8	284,9	346,7	315,8	314,3	314,3
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	3531	3556	3318	3410	3424	3452	3472	3525	3433	2915	2848	2792	2822	2884	2806	2806
Emissionen ⁴⁾	Mill. £	"	62,0	35,2	30,9	4,0	22,6	48,4	49,4	26,3	80,3	127,1	53,3	43,5	53,0	44,7	41,0	41,0
Aktienkurse (Fin. Times) ⁵⁾	1935 = 100	D	290,8	298,6	298,0	305,5	302,6	295,8	300,9	293,7	264,9	264,6	275,7	274,6	289,2	287,0	287,0	287,0
Rendite öff. Anleihen	%	"	6,40	6,43	6,56	6,52	6,27	6,21	6,19	6,15	6,19	5,98	5,86	5,61	5,63	5,73	5,61	5,61
Staatseinnahmen	Mill. £	S	366,5	474,8	472,2	820,8	992,7	854,0	316,6	481,8	503,5	415,1	510,7	513,9	380,8	517,3	520,8	520,8
Staatsausgaben	"	"	400,5	443,7	668,7	431,0	500,7	787,1	445,3	455,1	609,0	461,0	498,7	602,3	425,0	418,1	787,9	787,9
Großhandelspreise industrieller Güter ¹⁰⁾	1954 = 100	D	117,1	117,3	117,5	117,8	118,1	118,3	118,2	118,3	118,5	118,7	118,8	119,0	119,1	119,2	119,5	119,5
Lebenshaltungskosten ¹¹⁾	17. 1. 1956 = 100	"	115,7	116,9	117,1	117,5	117,6	118,1	119,7	120,1	120,9	120,4	119,4	119,3	119,1	119,6	120,2	120,2
Frankreich																		
Arbeitslose	1000	E	102,1	108,1	111,8	122,1	118,8	110,9	100,2	90,0	82,5	86,5	110,0	131,8	162,7	175,5	180,0	180,0
Ind. Produktion	1952 = 100	D	194	207	204	198	204	201	208	210	207	189	157	200	210	221	221	221
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. NF	S	2688	2913	3154	3428	2940	3238	2976	3263	3093	2977	2663	2818	3120	3316	3316	3316
Spezialausfuhr	"	"	3113	3151	3255	2376	3003	3337	2934	3020	3032	3069	2364	2704	3542	3257	3257	3257
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	2829	2886	2939	2992	3057	3221	3318	3492	3484	3332	3414	3530	3616	3719	3610	3610
Aktienkurse (124 Ind.-Akt.)	31. 12. 58 = 100	D	107,7	114,8	118,2	96,7	107,1	112,4	112,5	102,5	97,0	100,2	99,3	100,0	94,9	100,5	97,3	97,3
Rendite öff. Anleihen	%	"	5,09	5,08	5,06	4,94	5,02	5,13	5,15	5,15	5,07	5,10	4,91	4,97	5,01	4,98	4,98	4,98
Großhandelspreise (319 W.)	1949 = 100	"	185,9	187,4	188,9	187,1	187,2	188,3	187,0	193,2	186,9	184,7	186,6	186,6	186,9	189,4	192,8	192,8
Lebenshaltungskosten ¹²⁾	1. 7. 56 - 30. 6. 57 = 100	"	136,4	137,8	138,3	139,2	139,0	139,7	139,8	140,6	141,1	141,8	141,5	142,0	142,6	143,9	144,7	144,7
Italien																		
Arbeitslose	1000	E	635	.	.	901	.	.	605	.	.	467	.	533
Ind. Produktion	1953 = 100	D	219,4	216,2	208,3	219,3	210,6	230,9	213,6	233,1	210,7	230,6	180,7	222,6	239,3	239,3	239,3	239,3
Außenhandel, Einfuhr	Mrd. Lire	S	265	289	288	275	300	325	297	323	289	350	280	309	339	339	339	339
Ausfuhr	"	"	258	240	233	202	238	260	227	250	238	264	217	240	263	263	263	263
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	3393	3415	3419	3408	3323	3279	3274	3204	3239	3152	3230	3252	3282	3381	3441	3441
Aktienkurse	1958 = 100	E	261	263	248	242	241	244	235	237	220	217	218	209	191	202	202	202
Rendite öff. Anleihen	%	"	5,22	5,20	5,14	5,05	5,06	5,08	5,07	5,19	5,55	5,29	5,87	5,42	5,47	5,47	5,47	5,47
Großhandelspreise	1953 = 100	D	99,2	99,7	99,9	100,0	100,6	101,4	101,7	101,9	102,0	101,6	101,8	102,3	103,2	103,4	103,4	103,4
Lebenshaltungskosten	"	"	118,4	119,2	119,6	120,1	120,8	121,5	122,5	122,5	122,9	123,4	123,8	124,2	124,7	125,5	125,5	125,5
Niederlande																		
Arbeitslose	1000	E	35,7	39,5	55,9	56,4	52,0	43,1	36,6	30,6	29,0	34,6	34,8	35,6	37,1	42,6	57,5	57,5
Ind. Produktion, arbeitstgl.	1953 = 100	D	161	160	162	166	169	164	163	166	165	163	163	163	164	170	170	170
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. hf.	S	1458	1717	1644	1731	1514	1745	1460	1721	1593	1661	1629	1415	1685	1706	1706	1706
Spezialausfuhr	"	"	1332	1443	1309	1314	1234	1494	1241	1368	1434	1288	1266	1478	1674	1434	1434	1434
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	1730	1730	1715	1724	1728	1745	1754	1786	1795	1866	1775	1781	1771	1745	1743	1743
Emissionen ¹³⁾	Mill. hf.	S	10,7	78,4	168,5	95,6	6,3	383,0	13,0	99,8	836,1	167,5	47,4	5,7	75,2	238,1	36,5	36,5
Aktienkurse	1958 = 100	D	401	404	407	405	420	424	403	368	328	345	343	338	318	332	345	345
Rendite öff. Anleihen	%	"	3,97	4,01	4,01	3,97	3,94											